

Keine Bundeswehreinsätze in aller Welt



Am 16. November beschloss Rot-Grün im Bundestag, deutsche Soldaten im „Kampf gegen den Terror“ einzusetzen. Einsatzgebiete sind die arabischen Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika. Wolfgang Clement (SPD-Ministerpräsident in NRW) frohlockte: „Was wir hier erlebt haben, ist der eindeutige Abschied von der Nachkriegszeit. Heute haben wir auch in Deutschland für unsere Interessen, für unsere Bündnisverpflichtungen einzustehen.“

Clement trifft den Nagel auf den Kopf: Die „Nach-Kriegszeit“ ist vorbei. Mit humanitärer Hilfe haben Bundeswehr-Interventionen im Ausland nichts zu tun. Es geht um Krieg – „für unsere Interessen“. Sprich: Die wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen des deutschen Kapitals sollen auch wieder mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden.

Von Aron Amm, SAV-Bundesleitung

Obwohl die Taliban in der ersten Dezemberwoche mit Kandahar ihre letzte Hochburg aufgeben mussten, setzten die USA ihre Luftschläge gegen Afghanistan unvermindert fort. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht – zum Beispiel Agham im Osten des Landes. Der zehn Jahre alte Noor Mohammad ringt seitdem um sein Leben; der Bombenterror kostete ihm sein Augenlicht, seinen rechten Arm und seine linke Hand. Wie Noor erging es vielen seit Beginn des Krieges.

John Fairhurst von der Hilfsorganisation OXFAM fürchtet: „Es gibt hungrige Menschen in Afghanistan, die so geschwächt sind, dass sie schließlich an Durchfall sterben.“

Bundeswehr in Afghanistan

Die UN-„Friedenstruppe“ in Afghanistan mitsamt dem Kontingent deutscher



Schröder und Fischer auf „Friedensmissionen“

Soldaten wird das Leid von Millionen Afghanen genauso wenig beseitigen wie der US-geführte Krieg. Im Gegenteil. Die Hilfsorganisationen klagten, dass die US-Militärschläge die Hilfe für knapp 7,5 Millionen Not leidende Menschen praktisch zum Erliegen gebracht hatten.

Der Krieg war angeblich geführt worden, um Verbrechern das Handwerk zu legen. Geführt wurde er jedoch Schulter an Schulter mit Verbrecherbanden. Nichts anderes stellen die Kräfte der Nordallianz dar, die den Kern der neuen Regierung bilden sollen. Kaum waren sie in die städtischen Zentren einmarschiert, schon kam es beispielsweise zur Plünderung eines UN-Lebensmittellagers.

Afghanistan ist aus anderen Gründen für die imperialistischen Staaten wichtig: zentral ist die geostrategische Bedeutung, nicht zuletzt für den Zugang zu den Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaukasus. Da wollen alle versuchen, einen Fuß in die Tür zu bekommen; auch Schröder, Schrempf und Co.

Bundeswehr in Bosnien

Die Afghanistan-Schutztruppe wird das Land nicht befreien, sondern besetzen. Dem neuen imperialistischen Protektorat wird die gleiche Zukunft beschieden sein, wie in Bosnien oder im Kosovo. In Bosnien wurden seit Mitte der neunziger Jahre 5 Milliarden US-Dollar eingesteckt. Dennoch konnten bislang nur 100.000 von 1,4 Millionen Flüchtlingen in ihre alte Heimat zurückkehren. Während Bosnien nur 4 Millionen EinwohnerInnen zählt, hat Afghanistan trotz Millionen von Flüchtlingen immer noch 22 Millionen Menschen.

1.800 Bundeswehrsoldaten sind direkt in Bosnien-Herzegowina im Rahmen der SFOR stationiert.

Bundeswehr im Kosovo

1999 beteiligten sich Tornado-Kampfflugzeuge und Aufklärungsdrohnen der Bundeswehr am NATO-Bombardement

auf Jugoslawien. Im Anschluss daran wurden 5.000 Bundeswehr-Soldaten unter NATO-Kommando im Kosovo stationiert. Den insgesamt 40.000 NATO-Soldaten gelang es nicht, Hunderttausenden von SerbInnen die Rückkehr in ihre angestammte Heimat zu ermöglichen. Ob SerbInnen oder Kosova-AlbanerInnen – die meisten von ihnen sind heute ohne jede Hoffnung, die Hälfte von ihnen ist arbeitslos.

Wenn die imperialistischen Truppen weder in Bosnien noch im Kosovo Flüchtlingsschicksalen geholfen und den Wiederaufbau vollzogen haben, welchem Ziel diene dann ihre Stationierung? Für die deutschen Unternehmer ist Osteuropa und der Balkan so etwas wie ihr „Hinterhof“. Nach wie vor sind die westlichen Investitionen bescheiden, aber das deutsche Kapital ist dabei führend. Im Kosovo und in Montenegro wurde vor geraumer Zeit die D-Mark de facto zur Währung. Vor diesem Hintergrund ist es bezeichnend, dass in Mazedonien seit August 2001 die Bundeswehr sogar zum ersten Mal die Leitung einer Operation übernommen hat.

Umgestaltung der Bundeswehr zur Interventionsarmee

Nach dem 11. September hatte der stellvertretende US-Verteidigungsminister erklärt, dass „ganze Länder ausgelöscht“ werden könnten. Mit dem Schlag gegen die Taliban verstärkte Bush seine Drohung gegen Somalia, den Irak und weitere Staaten: „Wenn jemand einem Terroristen Unterschlupf gewährt, ist er ein Terrorist. Wer einen Terroristen finanziert, ist ein Terrorist. Ich denke, ich kann das anderen Nationen nicht mehr deutlicher sagen.“

Unter dem Deckmantel des „Anti-Terror-Kampfes“ droht eine Ausdehnung des Krieges. Die deutschen Konzernherren und ihre Regierungsvertreter wollen hier nicht länger in der zweiten Reihe stehen. In den letzten zehn Jahren haben sowohl Kohl als auch Schröder Schritt für Schritt Auslandseinsätze vorangetrieben. Nach und nach wurden immer höhere Dosen des militaristischen Giftes verabreicht, um die BRD-Bevölkerung allmählich an Interventionen im Ausland bis hin zu Kampfeinsätzen zu gewöhnen. Damit einher ging die Umgestaltung der Bundeswehr durch den Aufbau der Kommando-Spezialkräfte (KSK) und gigantischer Rüstungsprojekte. Eurofigh-

ter, Kampfhubschrauber oder KSK werden Unsummen verschlingen – die Rechnung wird der arbeitenden Bevölkerung präsentiert werden, während die Rüstungslobby ihren Reibach macht. Der Aktienkurs von Rheinmetall ist in den letzten Wochen zum Beispiel um 133 Prozent in die Höhe geschneit.

Wenn deutsche Soldaten wieder im Ausland eingesetzt werden, geht es um die gleichen Interessen, um die es Deutschland schon in den vergangenen hundert Jahren ging: um ökonomische, politische und geostrategische Interessen. Hinter den etablierten Politikern und Parteien stehen die handfesten materiellen Interessen der Banken und Kon-

zerne. Daimler, Deutsche Bank und die anderen Großunternehmen zielen darauf ab, ihre Position im globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf bei der Plünderung der Welt weiter auszubauen und zur Not auch in Kampfhandlungen durchzusetzen – in einem Konkurrenzkampf, der im Zuge der Weltwirtschaftskrise dramatisch an Schärfe zunimmt.

Solange der kapitalistische Konkurrenzkampf besteht, solange wird es Rüstungsproduktion, militärische Konflikte und Kriege geben. Darum muss der Kampf gegen Aufrüstung und Krieg weltweit verbunden werden mit dem Kampf für eine sozialistische Demokratie – weltweit. ■

- Nein zu einer Ausdehnung des Krieges
- Abzug von US-, NATO-, Bundeswehr- und allen anderen imperialistischen Truppen aus Afghanistan und der Region
- Stopp aller Waffenexporte
- Statt Milliarden für Rüstung: Milliarden für die Beseitigung von Hunger und Elend in der Welt
- Für die internationale Solidarität der arbeitenden und ausgebeuteten Menschen gegen Armut und Unterdrückung, gegen Terror und Krieg
- Für den Aufbau einer politischen Alternative zu Bush, Blair und Schröder: Für neue sozialistische Arbeiterparteien international. Für den Aufbau einer neuen sozialistischen Internationale der ArbeiterInnen und JugendInnen
- Kapitalistische Konkurrenz führt zu Krieg. Darum: Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne. Überführung der multinationalen Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

EURO
Perspektiven für die Währungsunion
Seite 2

WIRTSCHAFTSKRISE
Argentinien und Türkei
Seite 3

VIETNAM-KRIEG
Lehren für die Anti-kriegsbewegung
Seite 4-5

BRÜSSEL
Proteste gegen den EU-Gipfel
Seite 7

Euro Keine Erfolgsstory

Die SAV hat den Euro von Beginn an abgelehnt. Wir waren und sind der Überzeugung, dass der Euro ein Projekt im Interesse der Banken und Konzerne und gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentner ist. Die Umsetzung der Euro-Einführung in den letzten Jahren hat uns leider recht gegeben.

Von Georg Kümmel, Köln

Die Einführung des Euro als Bargeld in diesen Tagen und Wochen hat Symbolcharakter. Die breite Masse der Bevölkerung hat alle Nachteile: Die Preiserhöhungen, die mühsame Umgewöhnung, der Umtausch, die Umrechnerei um alte Preise zu vergleichen, Chaos und Verunsicherung durch die Umstellung.

Gut, wir können im Euro-Ausland mit einer Währung zahlen, aber wo sind die viel gewichtigeren und oft versprochenen Vorteile des Euro? Just zur Einführung des Euro-Bargeldes geht es mit der Wirtschaft, nicht wie anfangs versprochen bergauf, sondern steil bergab. Statt neuer Arbeitsplätze gibt es neue Angst um den Arbeitsplatz. Statt, wie versprochen, wachsenden Wohlstand, erleben wir wachsende Armut und weiteren Sozialabbau im Namen von Euro und Europa.

Derweil freuen sich die Bosse und Banker, dass sie ihr Projekt Euro haben durchziehen können. In der Tat: Die Einführung des Euro ist eine Niederlage für die Arbeiterklasse, also die abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, RentnerInnen, Studierenden. Sie alle haben bereits in der Vergangenheit als Folge von Spar- und Kürzungsprogrammen, von Lohn- und Sozialdumping für den Euro bezahlt. Weitere Rechnungen werden folgen.

Rüstungsprojekt Euro

Hintergrund für das Projekt Euro ist der kapitalistische Konkurrenzkampf zwischen den Staaten, insbesondere zwischen den großen Wirtschaftsböcken USA/Amerika, EU und Japan/Südost-Asien. Der Euro ist gewissermaßen ein gemeinsames Rüstungsprojekt der Banken und Konzerne in den beteiligten Staaten gegen die Konkurrenz der anderen Wirtschaftsböcke. Er ist gleichzeitig ein Druckmittel zwecks Durchsetzung von Sozialabbau und Lohnraub zur Steigerung der Profite.

Wenn der Euro aber ein Projekt im Interesse einer kleinen Minderheit gegen das Interesse von Millionen ist, wieso konnte er dann fast ohne Widerstand eingeführt werden? Ganz einfach deshalb, weil niemand breiten Widerstand organisiert hat. SPD und Grüne waren auch schon vor Regierungsübernahme für den Euro. Die Gewerkschaftsführung hat den Euro verteidigt statt bekämpft. Die PDS hatte zwar Bedenken gegen den Euro angemeldet, aber auch keinen nennenswerten Widerstand organisiert, sondern die Illusion eines sozialen und gleichzeitig kapitalistischen Europas verbreitet.

Leider hat allerdings auch ein großer Teil der übrigen Linken in Deutschland keine konsequent ablehnende Haltung gegen den Euro eingenommen. Sie meinten, der Euro habe auch seine guten Seiten, zum Beispiel die Zügelung des deutschen Großmachtsstrebens. Eine offensichtlich falsche Annahme. Jetzt haben wir den Euro und gleichzeitig stehen deutsche Soldaten auf dem Balkan und werden in alle Welt geschickt.

Die SAV hat die Einführung des Euro bekämpft. Gleichzeitig hat sie die Einführung des Euro lange für sehr unwahrscheinlich gehalten. Die SAV ging nämlich

davon aus, dass es schon früher zu einer weltweiten Wirtschaftskrise kommen würde. Jede Wirtschaftskrise führt zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes, sowohl zwischen den Konzernen als auch zwischen den Staaten. Und jede Wirtschaftskrise führt in der Regel zu einer Verschärfung des Klassenkampfes, das heißt zu großen Protesten, Demonstrationen, zu Betriebsbesetzungen, Streiks und teilweise Generalstreiks.

Die Perspektive war nicht aus der Luft gegriffen, wie die Krise in Südostasien, Russland, Lateinamerika 97/98 und die weltweite Ausdehnung der Rezession derzeit beweisen.

Man stelle sich das wirtschaftliche Desaster und den vehementen Protest, der gerade Argentinien erschüttert, einmal übertragen auf Europa vor. Das gibt vielleicht eine Ahnung von den erdbebenartigen Kräften, die auch den Euro erschüttern hätten und in kommenden Krisenzeiten noch erschüttern werden. Und keiner kann genau sagen, was auf die argentinische und auf die weltweite Wirtschaft noch zukommt.

Nationalstaat passé?

Die Frage nach der Perspektive des Euro war und ist auch untrennbar verbunden mit der Frage nach der Zukunft des Nationalstaates. Alle bisherigen Währungsunionen waren entweder das Ergebnis einer vorhergegangenen staatlichen Einigung (Beispiel Deutsches Reich 1871), oder aber die Währungsunionen sind gescheitert. Die bedeutendsten Beispiele sind die Lateinische Währungsunion von 1865 zwischen Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz und Griechenland und die Skandinavische Währungsunion zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark. Beide zerfielen, als wachsende wirtschaftliche Krise und Konkurrenzkampf in den Ersten Weltkrieg mündeten.

Der Kapitalismus ist heute unfähig, die nationalstaatliche Konkurrenz zu überwinden. Es wird auf kapitalistischer Grundlage keine Verschmelzung bestehender Staaten zu einem europäischen Staat geben. Nicht aus den 12 Euro-Ländern und auch nicht in anderer Konstellation.

Die Banken und Konzerne sind eben nicht transnational, nicht über den Nationalstaat schwebend, sondern national, mit ihrem jeweiligen Staat zu ihrem Vorteil verbunden.

DaimlerChrysler ist zum Beispiel kein deutsch-amerikanischer Konzern, sondern ein deutscher Konzern mit einem Geschäftszweig in den USA. Der Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen findet deshalb seine Entsprechung im Konkurrenzkampf zwischen den Nationalstaaten. Dass Räuber sich zu einer Räuberbande, in diesem Fall die Euro-Länder, zusammenschließen, ist nichts neues und verhindert auch nicht Streit unter den Räubern.

Nachdem jetzt der letzte Schritt zum Euro getan ist, werden die beteiligten Staaten natürlich alles versuchen, dass er bestehen bleibt. Sicher ist aber auch, dass es heftigen Streit geben wird. Möglich, dass dieser Widerspruch sich über Jahre hinzieht. Aber der Euro wird keine Erfolgsstory werden und der Euro wird nicht von Dauer sein.

Wann und wie das Projekt Euro scheitert, hängt vom weiteren Verlauf und Dramatik der Wirtschaftskrise ab, die weltweit um sich greift.

Sozialistisches Europa

Sicher ist auch, dass alle Regierungen versuchen werden, die Rechnung für alle Schwierigkeiten mit dem Euro der Arbeiterklasse zu präsentieren. Es kann des-

unser standpunkt

Israel/Palästina

Am Rande eines Krieges

Eine Welle von Selbstmordattentaten in Israel, bei der Dutzende Israelis – Jüdinnen und AraberInnen – getötet und Hunderte weitere verletzt wurden, hat den Nahen Osten an den Rande eines neuen Krieges gebracht.

Die unmittelbare Antwort von Israels rechtsgerichteten Premierminister Ariel Scharon auf die Anschläge waren Bombardements und Panzerangriffe auf die von der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrollierten Gebiete – möglicherweise ein Vorspiel für ihre erneute vollständige Besetzung.

Zuvor hatte US-Außenminister Powell – angeblich eine „Taufe“ in Bushs Kabinett – Scharon und der herrschenden Klasse in Israel grünes Licht für Militärschläge in der West Bank und im Gaza-Streifen gegeben.

Scharon hat die Autonomiebehörde und ihren Präsidenten Yasser Arafat bezichtigt, den Terror zu unterstützen. Arafat stellt praktisch unter Hausarrest, mit Panzern vor seiner Haustür. Alle Symbole der Eigenständigkeit der Autonomiebehörde, wie der mit EU-Mitteln gebaute Flughafen von Gaza-Stadt und der Sender „Stimme Palästinas“ wurden ausradiert.

Die Angriffe der israelischen Armee auf die autonomen Gebiete werden nur noch mehr Opfer kosten. Sie sind keine Bekämpfung des Terrors. Im Gegenteil, Scharons militärische Vergeltung könnte zu einer beschleunigten Gewaltpirale führen, in der nicht nur die PalästinenserInnen, sondern die ganze arabische Welt gegen Israel kämpfen. Das könnte wiederum zu einem offenen Krieg führen, der die Vertreibung der palästinensischen Israelis (20 Prozent der israelischen Bevölkerung) und einen Flächenbrand in der ganzen Region zur Folge haben könnte. Obwohl die Vermittlungsbemühungen der USA und der EU vorerst gescheitert sind, ist allerdings auch ein neuer Waffenstillstand zu einem gewissen Zeitpunkt nicht völlig ausgeschlossen.

Arafat reagiert mit Zugeständnissen auf die israelischen Angriffe. Er ließ einige militante Aktivisten der Hamas verhaften und forderte in einer Fernsehansprache ein Ende der Selbstmordanschläge und einen Waffenstillstand. Aber solche Maßnahmen werden

Scharon nicht zufrieden stellen und die Wut der PalästinenserInnen, auch auf Arafat selbst, nur weiter steigern. Seit dem Beginn der zweiten Intifada (Aufstand) vor 14 Monaten unterstützen zwischen 70 und 80 Prozent der PalästinenserInnen solche Angriffe auf Israel.

Die Bombenanschläge und die Unterstützung für sie widerspiegeln die tiefe Hoffnungslosigkeit und Frustration unter PalästinenserInnen, die sich weiterhin der Repression durch die israelische Armee und der ökonomischen Umklammerung der autonomen Gebiete ausgesetzt sehen, während die Hoffnung auf ein unabhängiges Palästina schwindet.

Bisher hat die zweite Intifada – und die Reaktion Israels – das Leben von mehr als 800 PalästinenserInnen und 200 Israelis gekostet – eine Zahl, die sich durch die Militärdaktionen seitens der Scharon-Regierung noch erhöhen wird. Diese Gewaltpirale unterstreicht das Versagen des Kapitalismus, die zugrunde liegende nationale Frage zu lösen.

Die Bombenanschläge haben aber viele jüdische ArbeiterInnen wütend gemacht und werden die Unterstützung von Teilen der Israelis für Reaktionen wie Scharon und seine Politik der militärischen Vergeltung steigern.

Der israelische Kapitalismus ist in einer tiefen Krise. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf Rekordniveau und es hat eine Welle von Streiks im Öffentlichen Dienst gegeben. Im November kam es zu Arbeitsniederlegungen der Hafenarbeiter, die die Zollbeamten traten in den Ausstand. „Um diesen Streik zu brechen, hat die Regierung inzwischen „brutale Maßnahmen“ angekündigt“, schrieb das Handelsblatt am 9.11.01.

Notwendig ist der Aufbau von Massenorganisationen der arbeitenden Menschen sowohl von Israelis als auch von PalästinenserInnen, die für einen sozialistischen Ausweg aus Armut, nationalen Konflikten und Krieg kämpfen.

Nur ein sozialistisches Israel und ein sozialistisches Palästina, als Teil einer freiwilligen, sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, kann ein Leben ohne Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung für alle garantieren. ■

wegen in jedem Land nur eine Position der Arbeiterbewegung gegenüber dem Euro geben: Wir haben den Euro nicht bestellt, wir sind nicht bereit dafür zu bezahlen.

Unter der Einheit Europas verstehen wir nicht die Einheit der Banken und Konzerne bei Lohnrückerei und Sozialabbau, sondern die internationale Einheit der Beschäftigten und der Jugendlichen im Kampf um Arbeitsplätze und Einkommen. Letztendlich reicht uns mit diesem Kampf nur erfolgreich sein, wenn wir das Europa der Banken und Konzerne durch ein sozialistisches Europa ersetzen. ■



Auf der Demo des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 13. Dezember in Brüssel nahmen kritische GewerkschafterInnen die Versprechen im Vorfeld der Euro-Einführung kritisch unter die Lupe: „Der Euro kommt“ – „Was ist mit den Arbeitsplätzen?“

Ausschlussverfahren aus ver.di und Dienstsuspendierung abgewehrt

Solidarität ist eine starke Waffe

Die Dienstsuspendierung des Essener Kollegen Detlef Kallinich und die Androhung eines Ausschlussverfahrens aus ver.di gegen Alois Skribina sind abgewehrt. Beide Kollegen unterstützen das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ und sind gegen die Absenkung der Standards im ÖPNV durch den sogenannten Spartenarbeitsvertrag. Durch diesen Spartenarbeitsvertrag verlieren die BusfahrerInnen neben vielen anderen Schutzrechten des Flächentarifs im Öffentlichen Dienst 500 Mark (mehr als 250 Euro) Lohn, den Kindergeldzuschlag und freie Ausgleichstage.

Die ver.di-Führung will diesen Spartenarbeitsvertrag gegen Widerstände in den eigenen Reihen durchsetzen. Es gibt keine demokratische Willensbildung und Entscheidung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen darüber. Gewerkschaftsstrukturen werden laut Aussagen eines ver.di-Funktionärs billiger in Kauf genommen.

In Essen wurde der Kollege Alois Skribina zusammen mit anderen Kollegen aus einer ver.di-Mitgliederversammlung verwiesen, bei der Funktionäre aus dem Apparat die Einführung des Spartenarbeitsvertrags bei den Essener Verkehrsbetrieben den Anwesenden 50 von 2.000 ver.di-Mitgliedern verkauft haben. Am 21.11. wurde Alois Skribina von dem ver.di-Funktionär Dirk Walter angedroht, dass gegen ihn eine Ausschlussverfahren aus der Gewerkschaft eingeleitet

werde. Der Kollege Detlef Kallinich protestierte in einem Brief an ver.di gegen diesen ungeheuren Vorgang und verteilte diesen Brief an einige Kollegen. Daraufhin wurde er sofort vom Dienst suspendiert.

Die Empörung im Betrieb und unter kritischen KollegInnen in ver.di und schlug Wellen. Soli- und Protestschreiben aus allen Teilen der BRD und sogar aus Österreich, Belgien und Britannien trafen ein. Die SAV und das CWI haben sich an dieser Solikampagne aktiv beteiligt. Nach einer Woche wurde die Dienstsuspendierung gegen Detlef Kallinich wieder aufgehoben. Kein Funktionär wagte es, bei der Bezirksvorstandssitzung am 10.12. einen Ausschlussantrag gegen Alois Skribina zu stellen.

Bis heute gibt es keine inhaltliche Stellungnahme von ver.di zu den skandalösen innergewerkschaftlichen Vorgängen in Essen. Ver.di-Sekretär Dirk Walter, der das Ausschlussverfahren gegen Alois angekündigt, bewertete sich, dass sein Name durch die Soli-Kampagne veröffentlicht wurde. Er selbst war nicht bereit, der Presse gegenüber eine Stellungnahme zu den Vorgängen abzugeben. Bleibt zu hoffen, dass die Funktionäre in ver.di klar geworden ist, dass sie kritische Gewerkschafter nicht länger mobben können und dass das für die bevorstehende Betriebsratswahlen angekündigte „Schmierentheater“ gegen Alois Skribina ausbleibt. ■

Tarifrunde 2002

Kampfkraft nutzen

Wenn es nach den Unternehmern geht, dann sollen die Beschäftigten in der Wirtschaftskrise noch größere Opfer bringen als im zu Ende gegangenen Konjunkturaufschwung. Ihnen geht es dabei einzig und allein um die Sanierung ihrer Profite. Im Vorfeld der anstehenden Tarifrunde wurde deutlich, dass die Gewerkschaftsspitze bereit ist, sich auf diese Logik einzulassen.

Angesichts drohender Entlassungen ist es aber um so dringlicher, die ganze Kampfkraft in die Waagschale zu werfen – gegen Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen. Es ist nötig, dass sich die Gewerkschaftslinken bei den Diskussionen und Entscheidungen über Tarifrunden, Kampfmaßnahmen und Abschluss aktiv einschalten.

Unser Programm

- 250 Euro für alle
- Volle tarifliche Gleichstellung der Ost-KollegInnen
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre ohne Rentenabschlag oder Lohnverzicht
- Keine Kompensationsgeschäfte bei Arbeitszeitregelungen, Zuschlägen oder sonstigen tariflichen Errungenschaften
- Nein zur Durchlöcherung von Flächentarifverträgen. Nein zu schlechteren Branchen- oder Haustarifverträgen. Keine Öffnungsklauseln
- 1-jährige Laufzeit von Tarifverträgen
- Gewerkschaften raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- Weg mit dem Paragraphen 116 AFG
- Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik
- Gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften. Vorziehen der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes und aller anderen Tarifrunden mit längerer Laufzeiten
- Demokratische innergewerkschaftliche Diskussion und Entscheidung über alle Fragen der Tarifauseinandersetzung
- Kein Tarifabschluss ohne mehrheitliche Zustimmung in einer Urabstimmung
- Wahl- und Abwahlbarkeit aller Funktionäre und jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis
- Schluss mit Privilegien und hohen Gehältern für Funktionäre. Kein Gewerkschaftsvertreter darf mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder
- Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition als politische und personelle Alternative zur heutigen völlig abgehobenen Gewerkschaftsführung

Argentinien "Schwellenland" an der Schwelle zum Staatsbankrott

In Lateinamerika steht mit Argentinien das zweitgrößte Land des Subkontinents vor dem ökonomischen und finanziellen Ruin.

Vor zehn Jahren wurde der argentinische Peso im Kurs vor ein zu eins an den US-Dollar gebunden, um die Hyperinflation zu stoppen. Bis Mitte der neunziger Jahre konnte die peronistische Menem-Regierung noch einen kurz anhaltenden konjunkturellen Aufschwung verzeichnen. Doch in Carlos Menems zweiter Amtszeit setzte der Niedergang ein, der sich unter Fernando de la Rúa von der konservativen Union Cívica Radical (UCR) beschleunigte. Allein in den letzten zwölf Monaten wurde der Wirtschaftsminister dreimal ausgetauscht.

Von Marlene Henschel und Aron Amm, Berlin

Die Auslandsverschuldung beträgt heute knapp 150 Milliarden US-Dollar, die Aktienkurse haben sich in zwölf Monaten halbiert, die Arbeitslosigkeit beläuft sich offiziell auf 18 Prozent, Hungersnöte prägen das Bild in den Provinzen, die verarmten Massen tauschen Hab und Gut gegen Lebensmittel. Nur mit Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) konnte sich Argentinien noch über Wasser halten. Seit mehr als drei Jahren steckt das Land in der Rezession,

die laut Economist inzwischen in eine Depression mündete.

Neoliberalismus

„Das Land ist bankrott“, konstatierte unlängst der peronistische Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf. Jahrelang wurde mit einer beispiellosen Privatisierungswelle eine Politik betrieben, die die Herzen der neoliberalen Ökonomen höher schlagen ließ und kurzfristig auch Geld in die Staatskassen brachte – mittel- und längerfristig mit dem Verkauf aller „Tafelsilber“ Argentinien jedoch an den Rand des Staatsbankrotts führte. Dazu kam der Kapitalabzug aus Argentinien und anderen „Schwellenländern“ in der Folge der Südasiastienkrise 1997. Außerdem erwies sich der starke Wechselkurs als Falle: Die Kopplung des Peso an den überbewerteten US-Dollar löste eine Explosion der Exportpreise aus. Mit der Währungsabwertung Brasiliens vor drei Jahren fiel Argentinien im Konkurrenzkampf mit dem Nachbarland auf den Exportmärkten weiter zurück.

Allerdings wurden inzwischen auch Brasilien und Mexiko, die größten Wirtschaftsmächte des Kontinents, von der internationalen Rezession erfasst. Die „Wirtschaftslokomotive“ Lateinamerikas, Brasilien, hat mächtig an Fahrt verloren. Mexiko, das 90 Prozent der Exporte in den USA absetzt,

stürzte ebenfalls in die Finanzkrise. Und Argentinien bekommt die Krise der wichtigsten Absatzmärkte Westeuropa und USA zu spüren.

Auch Finanzspritzen des IWF in Höhe von 14 Milliarden US-Dollar im vergangenen Jahr konnten die Entwicklung nicht aufhalten. Die an die Darlehen gebundenen Auflagen, wie zum Beispiel das Gesetz des Null-Defizit-Haushaltes, führten allein zu sieben Sparprogrammen seit 1999. Oberste Priorität wurde die Bezahlung der Staatsschulden. Korruptionsskandale und Regierungskrisen hemmen ausländische Investitionen weiter und haben zu einer massiven Kapitalabwanderung von mehr als 10 Milliarden US-Dollar allein in den letzten zwei Monaten geführt. Auch die jetzigen Forderungen des IWF werden zu einer Verschärfung der sozialen und politischen Instabilität Argentinien beitragen. Am 21. November stürmten Tausende empörte und verzweifelte Kleinanleger die Börse von Buenos Aires und sorgten dafür, dass der Betrieb für einen Tag lahm gelegt wurde.

Verarmung

Die jüngste Panikhandlung von Wirtschaftsminister Domingo Cavallo war die Auflage für Privatkunden, nicht mehr als 1.000 US-Dollar monatlich in bar vom Konto abheben zu dürfen. Präsident Fernando de la Rúa bewegt sich auf



14 von 35 Millionen leben inzwischen in Armut. Hunderttausende wurde ihre ganze Existenzgrundlage entzogen wie diesem Obdachlosen vor dem Filmpalast Plateada (Versilberte) in Buenos Aires

dünnem Eis. Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden um 13 Prozent gekürzt. Ein Großteil der Angestellten und ArbeiterInnen erhielt monatlang überhaupt keinen Lohn. Stattdessen werden mit „Patacon“ (Provinzgutscheine), dem zweiten und immer mehr an Bedeutung gewinnenden Zahlungsmittel, Steuern und Schulden beglichen und inzwischen auch Lebensmittel eingelöst. Auch die Kleinindustrie leidet seit 1994 unter der Krise, und erlebte nach Öffnung der Märkte die Schließung von ungefähr 30.000 kleineren und mittleren Betrieben, was zum Verlust von 50 Prozent der Arbeitsplätze im so genannten Mittelstand führte.

„Die Dritte Welt beginnt bereits am Stadtrand von Buenos Aires. Eine Stunde dauert die Fahrt mit dem Vorortzug in den Süden der Hauptstadt. Hier schlug einst das Herz der argentinischen Industrie. Heute stehen die meisten Fabrikhallen leer, Elendsviertel säumen den Bahndamm. Der heruntergekommene Ortsteil Florencio Varela ist ein Aufmarschgebiet der Piqueteros“ (Der Spiegel, 35/2001). Piqueteros werden die DemonstrantInnen genannt, die seit Monaten Straßen- und Brückenblockaden an strategischen Schlüsselorten im ganzen Land auf die Beine stellen. „Zumindest können die Piqueteros mit viel Verständnis rechnen. Als jetzt die Regierung der Provinz Buenos Aires 300.000 Kindern das Essen in den Schulen strich, trieb diese Sparmaßnahme auch die bravesten Bürger auf die Straße“ (Der Spiegel).

„Die Provinz Salta ist inzwischen zu einer Art Symbol für die Sozialrebellion geworden. Aus Protest gegen die miserable soziale Lage in der Nordwestecke des Landes hatten zuletzt Einheimische, arbeitslose Bauarbeiter, dort rund drei Wochen lang die Straße zwischen den Orten Mosconi und Tartagal blockiert“ (FAZ, 27.6.01). Mosconi ist der zweitgrößte Gasproduzent Argentiniens, aber 70 Prozent sind ge-

zwungen, mit Holzfeuer zu kochen, da sie selber kein Gas haben – seit die staatliche Gesellschaft 1991 privatisiert wurde. Bei den Protesten in der letzten Zeit wurden auch mehrmals Waffenbestände der Polizeireviere geplündert.

Streiks und Blockaden

Zu den Straßenblockaden in den Provinzen kommen Streikmaßnahmen in den Industriezentren. In den vergangenen 18 Monaten fanden 8 Generalstreiks statt. Darüber hinaus kämpften Belegschaften verschiedener Fabriken gegen Werkschließungen und Entlassungen. Nachdem die Konzernherren der Keramikfabrik Zanon am 30. November bekannt gaben, die Fabrik dichtzumachen und 380 ArbeiterInnen zu kündigen, versuchten die wutentbrannten KollegInnen, unterstützt von Familienangehörigen und Arbeitslosen der MDT (Bewegung der arbeitslosen Arbeiter) das dortige Parlamentsgebäude zu stürmen. Nach Einkesselungsversuchen und Festnahmen der Polizei wurde ein Demozug zum Polizeigebäude durchgeführt, dem sich 3.000 KollegInnen anderer Gewerkschaften sowie viele Jugendliche anschlossen. Am 2.12. versammelte sich die Belegschaft in der eigentlich geschlossenen Fabrik, um weitere Kampfmaßnahmen zu planen.

Vor diesem Hintergrund fanden am 14. Oktober Parlamentswahlen statt. Bemerkenswert war vor allem die hohe Zahl von ungültigen Stimmen beziehungsweise der Wahlboykott (20 Prozent aller Wahlberechtigten) – schließlich herrscht Wahlpflicht. In Buenos Aires kamen die verschiedenen linken Kandidaturen zusammen auf weit mehr als 10 Prozent. Die Financial Times kommentierte korrekt: „Die Zeit scheint reif zu sein für eine dritte Partei“ (12.10.01). In der Tat ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit einem sozialistischen Programm – als Alternative zu den zwei großen bürgerlichen Parteien (UCR und Peronisten) – das Gebot der Stunde. ■

Ihr da oben ...



Bibelfest

Laura Schlessinger ist eine US-Radio-Moderatorin. Sie erteilt Leuten, die in ihrer Show anrufen, Ratschläge. Kürzlich sagte sie als achtsame Christin, dass Homosexualität unter keinen Umständen befürwortet werden kann, da diese nach Leviticus 18,22 ein Greuel wäre. Im Internet verbreitete ein Hörer einen offenen Brief dazu, den wir leicht gekürzt wiedergeben.

Liebe Dr. Laura,

vielen Dank, dass Sie sich so aufopfernd bemühen, den Menschen die Gesetze Gottes näher zu bringen. Ich habe einiges durch Ihre Sendung gelernt und versuche das Wissen mit so vielen anderen wie nur möglich zu teilen. Wenn etwa jemand verurteilt, seinen homosexuellen Lebenswandel zu verteidigen, erinnere ich ihn einfach an das Buch Mose 3, Leviticus 18,22, wo klargestellt wird, dass es sich dabei um ein Greuel handelt. Ende der Debatte.

Ich benötige allerdings ein paar Ratschläge von Ihnen im Hinblick auf einige der speziellen Gesetze und wie sie zu befolgen sind.

a) Wenn ich am Altar einen Stier als Brandopfer darbringe, weiß ich, dass dies für den Herrn einen lieblichen Geruch erzeugt (Lev. 1,9). Das Problem sind meine Nachbarn. Sie behaupten, der Geruch sei nicht lieblich für sie. Soll ich sie niederstrecken?

b) Ich würde gerne meine Tochter in die Sklaverei verkaufen, wie es in Exodus 21,7 erlaubt wird. Was wäre Ihrer Meinung nach heutzutage ein angemessener Preis für sie?

c) Ich weiß, dass ich mit meiner Frau in Kontakt treten darf, wenn sie sich im Zustand ihrer monatlichen Unreinheit befindet (Lev. 15,19-24). Das Problem ist, wie kann ich das wissen? Ich habe versucht zu fragen, aber die meisten Frauen reagieren darauf pikiert.

d) Lev. 25,44 stellt fest, dass ich Sklaven besitzen darf, sowohl männliche als auch weibliche, wenn ich sie von benachbarten Nationen erwerbe. Einer meiner Freunde meint, das würde auf Mexikaner zutreffen, aber nicht auf Kanadier. Können Sie das klären? Warum darf ich keine Kanadier besitzen?

e) Ich habe einen Nachbarn, der stets am Samstag arbeitet. Exodus 35,2 stellt deutlich fest, dass er getötet werden muss. Allerdings, bin ich moralisch verpflichtet ihm eigenhändig zu töten?

(...)
h) Die meisten meiner männlichen Freunde lassen sich ihre Haupt- und Barthaare schneiden, inklusive der Haare ihrer Schläfen, obwohl das eindeutig durch Lev. 19,27 verboten wird. Wie sollen sie sterben?...

j) Mein Onkel hat einen Baumhof. Er verstößt gegen Lev. 19,19, weil er zwei verschiedene Saaten auf ein und demselben Feld anpflanzt. ... Ist es wirklich notwendig, das komplette Dorf zusammenzuziehen, um sie zu steinigen (Lev. 24,10-16)? Genügt es nicht, wenn wir ihn und seine Frau in einer kleinen, familiären Zeremonie verbrennen, wie man es ja auch mit Leuten macht, die mit ihren Schwiegermüttern schlafen? (Lev. 20,14)

Ihr ergebener Jünger und bewundernder Fan Jake



... wir hier unten



Massendemo auf der Avenida de Mayo im Herzen der Hauptstadt im August 2001 gegen die Sozialkürzungen der Regierung

Türkei

"Eine Million müssen in Suppenküchen essen"

Sungur Savran war 1997/98 Mitglied im Vorstand der linken Partei ÖDP und ist Mitglied der Gruppe İsci Mücadeleci („Arbeiterkampf“). Mit ihm sprach Sascha Stanic. Die Türkei steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Wie wirkt sich diese auf die Gesellschaft aus?

Es handelt sich wirklich um eine unvergleichliche Krise. Im zweiten Quartal dieses Jahres schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 11,5 Prozent. In diesem Jahr haben eine Million Arbeiter, bei einer Gesamtzahl von zwölf Millionen Lohnabhängigen, ihren Arbeitsplatz verloren. Es gibt zwar noch keine offiziellen Zahlen zu Lohn- und Arbeitsentwicklungen, aber ein Beispiel sind die Lohnentwicklungen der Staatsangestellten: diese haben eine Lohnhöhung auf der Basis einer erwarteten Inflationsrate von 30 Prozent erhalten. Tatsächlich beträgt die Inflationsrate aber 70 Prozent. Die Anzahl der Menschen, die in Suppenküchen essen müssen, ist von einigen zehntausend auf ungefähr eine Million gestiegen. Betroffen sind aber auch die Mittelklassen, es gibt eine enorme Zunahme von Bankrotten bei kleinen Gewerbe-

treibenden und selbständigen Handwerkern.

Hat der Schock der raschen wirtschaftlichen Niedergangs zu einer Lähmung der betroffenen Bevölkerung geführt oder gibt es Proteste?

Die heftigsten Kämpfe gab es bei den Protestmärschen der kleinen Händler und Handwerker in Ankara im April. An Demonstrationen in 34 Städten hatten bis zu 150.000 Menschen teilgenommen. In Ankara gab es einen vierstündigen Straßenkampf mit der Polizei in der ganzen Stadt. Dort hat sich die Wut sogar in Angriffen auf das Polizeipräsidium, einige Polizeistationen und andere Einrichtungen entladen.

Es gab im April auch Arbeiterdemonstrationen in 30 Städten, aber diese verliefen deutlich weniger radikal, da die Gewerkschaftsführung, die in der Türkei traditionell dem Staat sehr nahe steht, die Lage noch unter Kontrolle hatte. Nach April gab es einige Monate Ruhe, aber das ändert sich gerade wieder. Nun ist die Basis der wichtigsten Gewerkschaften unter Beschuss, denn Zehntausende sollen im öffentlichen Dienst ihren Job verlieren. Das hat die Gewerk-

schaftsbürokratie dazu gezwungen, nun Massendemonstrationen auszurufen. In den Gewerkschaften wird auch über einen Generalstreik diskutiert und ich hoffe, dass diese Demonstrationen dazu der erste Schritt sein werden.

Gibt es eine Basisopposition in den türkischen Gewerkschaften?

Es gibt keine direkte organisierte Basisopposition. Natürlich gibt es linke Kräfte, die auf der Suche nach einem Ausweg sind. Aber diese sind noch nicht zusammengekommen. Es gibt natürlich auch linkere Gewerkschaften und die Gewerkschaft KESK, die vor allem die Staatsangestellten vertritt, welche die kämpferischsten Teile des Proletariats in den neunziger Jahren waren. Obwohl auch die Führung der KESK eine Rechtsentwicklung durchgemacht hat, könnte sie ein Katalysator sein, der dem Unmut der Massen einen Ausdruck ermöglicht.

Was macht die ÖDP, die Partei der Freiheit und der Solidarität? Viele Linke sahen in ihr die Hoffnung für die Vereinigung der kämpferischen linken Kräfte in der Türkei.

Die ÖDP war bis 1998 eine wichtige Kraft. Sie wurde leider dadurch paralytisiert, dass die Mehrheit eine rein parlamentarische Strategie eingeschlagen hat und eine Allianz mit einer Abspaltung der sozialdemokratischen CHP eingehen will. Politisch ist diese völlig auf die Europäische Union orientiert. Diese Politik lähmt die ÖDP und sie hat in den Protesten in diesem Jahr keine Rolle gespielt.

Die Türkei ist eine wichtige Schnittstelle nach Zentralasien. Welche Auswirkungen hat der US-Krieg gegen Afghanistan?

In den Meinungsumfragen war eine große Mehrheit der Bevölkerung von drei Vierteln gegen den Krieg und auch gegen eine Beteiligung der Türkei an diesem Krieg. Die möglichen Angriffspläne der USA gegen den Irak sind ein komplizierender Faktor. Die Türkei hat Sorge, dass ein Zusammenbruch des Saddam-Regimes zur Bildung eines kurdischen Staates im Nordirak führen könnte. Die Türkei versucht aus der Situation nach dem 11. September zu profitieren und ihre expansionistische und militaristische Politik vis-a-vis des Nahen Ostens

und der zentralasiatischen Kaukasusregion zu verstärken.

Hat es denn in der Türkei Proteste gegen den Krieg gegeben?

Auf Grund von Repressionen und auch des Rückgangs der islamischen Bewegungen haben weder die Linke noch islamistische Kräfte ernsthafte Proteste gegen den Krieg organisiert. Eine von linken Kräften angesetzte Demonstration wurde vom Staat unterdrückt.

Welche Forderungen stellt die Gruppe „Arbeiterkampf“ in dieser Situation auf?

Wir treten als ersten Schritt für die Nichtzahlung der Auslandsschulden ein. Ohne diesen Schritt wäre es unmöglich, eine Lösung der ökonomischen Probleme im Interesse der Massen zu finden. Wir fordern den Rückzug der westlichen und türkischen Truppen aus der Region. Wenn die „Plattform der Arbeit“, der Zusammenschluss verschiedener Gewerkschaftsorganisationen, trotz der paralysierenden Rolle der Gewerkschaftsbürokratie, mobilisiert werden kann, wäre das ein großer Schritt voran. ■



In Vietnam waren die USA trotz ihrer Macht und ihres Reichtums nicht in der Lage, ein Kolonialland zu besiegen. Seitdem ist die US-Militärschuppe bemüht, den „Albtraum Vietnam“ vergessen zu machen.

30 Jahre Unabhängigkeitskampf

Der Kampf der vietnamesischen ArbeiterInnen und BäuerInnen für Unabhängigkeit, gegen Großgrundbesitz und Kapitalismus dauerte über drei Jahrzehnte. Bis 1942 wurde ganz Indochina vom französischen Imperialismus regiert, danach „übernahmen“ die japanischen Imperialisten die Region. Während der japanischen Besatzungszeit setzte die Kommunistische Partei Vietnams einen Kampf für die Unabhängigkeit des Landes in Gang.

Die Niederlage, die Japan am Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber dem US- und britischen Imperialismus einstecken musste, gab der vietnamesischen KP die Möglichkeit zur Initiative, bevor der französische Imperialismus seine Kontrolle wieder aufbauen konnte. Am 2. September 1945 wurde unter Führung der KP die „Demokratische Republik Vietnam“ (DRV) ausgerufen.

Dennoch erhoben die KP-Führer keine Einwände gegen die Landung von britischen, national-chinesischen und 1946 auch französischen Truppen auf vietnamesischem Gebiet. Sie verhandelten sogar mit den französischen Kolonialherren und unterzeichneten im März 1946 eine Erklärung, in der die französische Regierung ein freies (aber nicht unabhängiges!) Vietnam anerkannte und die vietnamesische Regierung sich bereit erklärte, „die französischen Truppen freundlich zu empfangen“.

Diese Bereitschaft der vietnamesischen KP-Führung zur Zusammenarbeit mit dem Imperialisten war keine Ausnahmeerscheinung. Stalin versuchte zu dieser Zeit, langfristige Übereinkünfte mit den wichtigsten kapitalistischen Mächten zustande zu bringen und wies die Kommunistischen Parteien weltweit an, mit ihren jeweiligen lokalen Kapitalisten oder Kolonialherrscher Abkommen zu schließen. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs gingen viele Kommunistische Parteien Westeuropas dementsprechend Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien ein. Im Rahmen dieser Politik wurde in Vietnam, aber zum Beispiel auch in Griechenland, der Einmarsch imperialistischer Truppen zugelassen, was in beiden Fällen lange Bürgerkriege zur Folge hatte.

Der Kompromiss über die parallele Existenz sowohl der DRV (Demokratische Republik Vietnam) als auch des französischen Kolonialregimes in Vietnam konnte nicht von langer Dauer sein. Während des ganzen Jahres 1946 spitzten sich die Spannungen zwischen beiden Regimes immer mehr zu. Am 23. November 1946 schließlich bombardierte die französische Kriegsmarine den nordvietnamesischen Hafen Haiphong und tötete 6.000 Menschen. Am 19. Dezember brachen die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen französischen und vietnamesischen Truppen, den „Vietminh“, in voller Schärfe aus.

Stalinistische Politik

Zur damaligen Zeit, als der französische Imperialismus seine Herrschaft über Indochina nach dem Krieg wiederherstellen wollte, war in Frankreich eine Koalitionsregierung aus kapitalistischen Parteien, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei im Amt. Aber als der französische Staat versuchte, die Erklärung vom März 1946 als Deckmantel zu nutzen, um die neue vietnamesische Republik zu zerschlagen, leisteten weder die Kommunistischen noch die Sozialistischen Parteiführer Widerstand dagegen. Weil die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) Mitglied der Regierung war, die die Bombardierung von Haiphong anordnete, benannte sich die vietnamesische Kommunistische Partei sogar eine Zeitlang in „Kommunistische Arbeiterpartei“ um. Die KPF aber blieb bis zu ihrem Rauswurf 1947 in der französischen Regierung, die den blutigen Krieg gegen Vietnam führte. Zwar enthielten sich die KP-Abgeordneten im französischen Parlament bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Mai 1947 der Stimme. Doch die Parteiführung wies die kommunistischen Minister an, im Kabinett für die Kredite zu stimmen, um ihre Teilnahme an der Regierungskoalition nicht zu gefährden.

Kapitalistische Regierungen versuchen im Kriegsfall immer, keine Opposition aufkommen zu lassen und dem „äußeren Feind“ ein Bild der inneren Geschlossenheit zu präsentieren. Durch ihren Verzicht auf Oppositionspolitik hat die KPF-Führung den französischen Imperialisten den Krieg gegen Vietnam enorm erleichtert. Selbst nachdem die KPF aus der Regierung rausgeworfen worden war und danach eine oppositionelle Haltung gegen den Krieg einnahm, nutzten die Bürgerlichen in ihrer Propaganda weiterhin die Tatsache, dass die KPF den Krieg ursprünglich unterstützt hatte.

Die Einheiten der DRV, die Vietminh, konnten im Krieg gegen Frankreich ihre Bastionen halten und ausbauen, indem sie den Kampf um nationale Unabhängigkeit mit der Frage einer Bodenreform und anderer sozialer Reformen verbanden und zum Beispiel in den von ihnen kontrollierten Gebieten Land an die BäuerInnen verteilten. Die französischen Truppen blieben in den von ihnen kontrollierten Städten isoliert.

Die Teilung Vietnams

1954 wurde in Genf eine internationale Konferenz über Vietnam eröffnet, bei der China und Britannien eine Vermittlerrolle einnahmen. Am Ende dieser Konferenz akzeptierten die Vietminh erneut einen Kompromiss, der die zeitweilige Teilung des Landes vorsah: Frankreich sicherte Vietnam die Unabhängigkeit zu; im Gegenzug verpflichteten sich die Vietminh, ihre Truppen in den Norden des Landes zu rückerziehen (obwohl sie auch im Süden große Unterstützung hatten); vorübergehend sollten zwei Regierungen, im Norden und im Süden Vietnams, gebildet werden, um Wahlen für 1956 und die anschließende Wiedervereinigung vorzubereiten.

Schon bevor die Franzosen zum Eingeständnis ihrer Niederlage gezwungen waren, erhielten sie Unterstützung durch die

Vietnam war die erste – und bisher einzige – militärische Niederlage der USA. Dies hatte Auswirkungen in den USA wie auch international. Für rund ein Jahrzehnt war der Vietnam dem Höhepunkt 550.000 US-Soldaten verwickelt waren, eines der meistdiskutierten Intervenieren. Für die Antikriegsbewegung ist es wichtig, die Ereignisse von damals, die Parallelen zur heutigen Situation zu verstehen und die Lehren daraus zu ziehen. Dieser Beitrag wurde Nr. 127 aus dem Englischen übersetzt und wird hier in einer überarbeiteten und gekürzten Fassung gedruckt. Der Autor, Robert Bechert (Internationales Sekretariat des CWI), war seinerzeit Mitglied des Mobilisierungskomitees der Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen, das im Oktober 1965 Tausende Menschen in London auf die Straße brachte.

Lehren für die Antikriegsbewegung

Die Niederlage der USA im Vietnamkrieg

USA, um die Kolonialherrschaft aufrecht zu erhalten. Nach Abzug der letzten französischen Truppen aus Vietnam traten die USA in deren Fußstapfen und bauten ein pro-kapitalistisches Marionettenregime im Süden auf. Sie stoppten die Durchführung der Wahlen, die Vietnam eigentlich wiedervereinigen sollten. Mittlerweile konnte im Norden die Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus vollendet werden. Das KP-geführte Regime festigte seine Herrschaft auf dieser Grundlage und führte davon ausgehend den Kampf gegen das Regime im Süden und die US-Intervention. Der nordvietnamesische Staat war keine sozialistische Demokratie, sondern eine stalinistische Diktatur. Dennoch hatte er für die Massen

lanciert: US-Schiffe seien im Golf von Tonkin von Nordvietnam unter Beschuss genommen worden. Auf Grund dieser Lüge verabschiedete der US-Kongress eine Resolution, die zu militärischen Aktionen gegen Nordvietnam ermächtigte.

1965 wurde Nordvietnam systematisch von der US-Luftwaffe bombardiert und im Mai 1965 die ersten Bodentruppen entsandt, die schnell auf 400.000 Mann aufgestockt wurden. US-Präsident Johnson (Demokratische Partei) verkündete: „Jetzt herrscht wirklich Krieg“.

Mitte bis Ende der sechziger Jahre unternahm die USA entschlossene militärische Anstrengungen, um die Einheiten der Vietcong und der nordvietnamesischen Armee (NVA), die sich inzwischen auch zu-

ten – zu dämmern, dass dieser Krieg für die USA nicht zu gewinnen war. Anfangs unterstützte die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung die Intervention als Teil des „notwendigen Kampfes für Demokratie und gegen Kommunismus“. Aber die tatsächliche Kriegserfahrung trug schnell zum Bröckeln dieser Unterstützung bei.

Mit der steigenden Zahl amerikanischer Kriegsgespieler wuchs auch die Antikriegsopposition in den USA. Die Bewegung begann vor allem unter Studierenden, breitete sich aber schnell aus. In vielerlei Hinsicht erreichte sie ihren Höhepunkt mit dem sogenannten „Moratorium“ am Mittwoch, dem 15. Oktober 1969, als sich 36 Millionen Menschen an einem Anti-Kriegs-Aktionstag in nahezu jedem Winkel der USA beteiligten. In gewisser Weise war dies ein Massenstreik gegen den Krieg. Über eine Million nahmen an Demonstrationen teil, und in Vietnam trugen viele amerikanische Soldaten an diesem Tag schwarze Armbinden zum Zeichen ihrer Solidarität.

Bezeichnenderweise wurde dieser Aktionstag von der „Alliance for Labor“ (Arbeiterbündnis) unterstützt, einem kurzfristigen Zusammenschluss verschiedener Gewerkschaften (Automobil-, Transport-, Chemie- und andere Gewerkschaften). Zwar hatte die Mehrheit der ArbeiterInnen den Krieg zu Beginn unterstützt; in einigen Städten wurden Mitte der sechziger Jahre sogar Anti-Kriegs-DemonstrantInnen von Bauarbeitern verprügelt. Aber die Stimmung unter den ArbeiterInnen war umgeschlagen, je länger der Krieg andauerte und je mehr Opfer er kostete. Deshalb bedeutete die Unterstützung der „Alliance for Labor“ für den Aktionstag einen wichtigen Schritt nach vorn.

International war es aber eine der Hauptschwächen der vor allem von Studierenden und Mittelschichten getragenen Antikriegsbewegung, dass sie sich nicht auf die Arbeiterbewegung orientierte. Sie versuchten nicht ernsthaft, unter den ArbeiterInnen für eine Unterstützung von Klassenaktionen gegen den Krieg zu werben, zum Beispiel für gewerkschaftliche Streik- und Boykottmaßnahmen gegen Waffenexporte und Nachschublieferungen an die Armee.

Demoralisierung der Armee

Schon ein Jahr vor dem Moratorium-Aktionstag war die Stimmung gegen den Krieg so stark, dass Präsident Johnson sich gezwungen sah, auf eine erneute Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 1968 zu verzichten. Der republikanische Kandidat Richard Nixon gewann diese Wahl mit dem Versprechen, „den Krieg zu beenden“. Er erkannte, dass Johnsons Administration durch die wachsende Kriegsoption im Lande untergraben worden war. Kurz vor dem Moratorium-Aktionstag, im September 1969, kündigte er eine neue Politik der „Vietnamisierung“ des Konflikts an, die darauf hinauslief, nur noch finanzielle Unterstützung für den Kampf der südvietnamesischen Regierungstruppen zu leisten.

Hintergrund dieser neuen Politik war auch die zunehmende Demoralisierung unter den in Vietnam stationierten US-amerikanischen Einheiten. Immer mehr Soldaten bezweifelten den Sinn dieses Krieges, der



Die Ablehnung des Vietnamkrieges brachte weltweit Millionen auf die Straße; anfangs überwiegend StudentInnen, später auch vermehrt ArbeiterInnen. Hier demonstrieren Studierende im kanadischen Montreal 1965 vor dem US-Konsulat

in Südvietnam eine gewisse Anziehungskraft im Vergleich zu der verrotteten, US-gestützten Diktatur der Großgrundbesitzer und Kapitalisten im Süden.

US-Intervention

Etwa ab 1957 trat der Vietnamkrieg in seine zweite Phase, als die Vietcong (wie die Vietminh-Linke im Süden sich jetzt nannte) den Kampf gegen die Truppen des südvietnamesischen Regimes aufnahm. Je schwächer das südvietnamesische Regime unter diesem Ansturm wurde, um so stärker engagierten sich die USA, besonders unter Präsident Kennedy. Bis 1961 kamen zahlreiche US-„Militärberater“ ins Land.

Anfang der sechziger Jahre sahen sich die USA zur direkten Entsendung von Truppen gezwungen, um einen Sieg der Vietcong zu verhindern. Doch musste zunächst die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit gewonnen werden. Um dies zu erreichen, wurde eine gezielte Falschmel-

lung in die Kämpfe eingeschaltet hatten, zu zerschlagen. Doch die so genannte „Tet-Offensive“ der Vietcong und der NVA im Januar 1968 zeigte, dass der Widerstand ungebrochen war. Und das war nicht verwunderlich. Die US-Truppen standen für die Fortsetzung der ausländischen Beherrschung des Landes, für die Unterstützung einer Militärdiktatur (zu dieser Zeit unter den Generälen Ky und Zhiou), für den Schutz der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Demgegenüber kämpften Vietcong und NVA für die nationale Unabhängigkeit des Landes, für die Verteilung des Landes an die BäuerInnen, für den Sturz der Kapitalisten, für soziale Reformen und bessere Lebensbedingungen.

Antikriegsstimmung

Obwohl die „Tet-Offensive“ nach zahlreichen erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen werden konnte, begann vielen – besonders den US-amerikanischen Solda-

USA. Dies hatte enorme politische Auswirkungen. Es war der Vietnamkrieg, in dem am weitesten diskutierten internationalen Theaterspielen, die Parallelen und Unterschiede dieser Beiträge wurde für die VORAN in einer gekürzten Fassung abgehandelt. Er war seinerzeit Mitglied des Londoner Komitees und im Oktober 1968 über 100.000

Bewegung der Antikriegsbewegung



Trotz enormer militärischer Überlegenheit im Vietnamkrieg zeigte sich der US-Imperialismus in diesem Fall unfähig, ein halbkoloniales Land zu besiegen

ihnen nichts bedeutete und der nicht zu gewinnen war. Immer mehr amerikanische Jugendliche verließen die USA, um der Einberufung zur Armee zu entkommen; auch die Zahl der Deserteure stieg. Obwohl die US-Militärführung immer genug Soldaten für den „Nachschub“ hatte, war dies doch ein deutliches Symptom für den wachsenden Unmut der US-Jugend gegenüber dem Krieg.

Aus Sicht der Generäle noch alarmierender war die um sich greifende Stimmung von Demoralisierung und Rebellion bei den US-Einheiten in Vietnam selbst, die sich nach der „Tet-Offensive“ und sinnlosen Schlachten mit hohen Verlusten noch verstärkte. Drogenkonsum und Alkoholismus breiteten sich in der Armee ebenso aus wie Anschläge einfacher Soldaten auf unpopuläre Offiziere, indem zum Beispiel Bruchstücke von Handgranaten in die Zelte der Offiziere geworfen wurden (das so genannte „fraging“). Allein 1970 registrierte die Armeeführung offiziell 271 solcher Anschläge. Manche Einheiten weigerten sich, in die Schlacht zu ziehen. Ein General nannte die US-Armee „die demoralisierteste Armee der Geschichte“. Dabei verbrachten wehrpflichtige Soldaten nur eine relativ kurze Zeit in Vietnam und wurden dann wieder ausgetauscht. Andernfalls hätten sich die Meutereien noch wesentlich stärker ausgedehnt. Andererseits führte die Tatsache, dass Hunderttausende Jugendliche zumindest zeitweise in Vietnam geerdet hatten, zur Radikalisierung breiter Schichten der Jugend in den USA.

Krise der US-Gesellschaft

Gegen Ende der sechziger Jahre entwickelten sich in den USA alle Anzeichen einer Gesellschaft, die sich auf eine revolutionäre Situation zu bewegt: Die herrschende Klasse war gespalten; die Mittelschicht, besonders die Studierenden, radikalisierten sich; die Arbeiterklasse, vor allem Afro-AmerikanerInnen und jugendliche ArbeiterInnen, begannen aktiv zu werden; die Armee war demoralisiert und die einfachen Soldaten standen in Opposition zu ihren Offizieren und zur Regierung. Nicht zufällig handeln viele US-Rocksongs aus dieser Zeit von „Revolution“, sie spiegeln die damalige Stimmung unter der Jugend.

Die Antikriegsbewegung vereinigte zwar die verschiedenen Kräfte einer breiten Oppositionsbewegung gegen den Krieg. Aber sie versuchte nicht einmal ansatzweise, eine Alternative zum kapitalistischen System aufzuzeigen, das solche Kriege hervorbringt. Tragischerweise wurde so durch das Fehlen einer starken marxistischen Kraft eine Gelegenheit verpasst, aus dem Antikriegskampf heraus eine sozialistische Bewegung zum Sturz des Kapitalismus im stärksten imperialistischen Land zu entwickeln.

Letzen Endes war diese krisenhafte Situation in den USA und in den US-Einheiten in Vietnam die Ursache für die Niederlagen des Imperialismus. Natürlich hätte sich die Krise ohne den heroischen Widerstand des vietnamesischen Volkes über drei Jahrzehnte hinweg nicht entwickelt. Aber weder die nordvietnamesische Regierung noch die Vietcong konnten an die US-Soldaten oder die US-Bevölkerung appellieren, denn die Kombination von nationalistischer Propaganda und Stalinismus des nordvietnamesischen Regimes hatte keinerlei Anziehungskraft für die Masse der amerikanischen ArbeiterInnen und Jugendlichen. Anders als die Führung der russischen Oktoberrevolution vor der stalinistischen Ära machte die vietnamesische Führung keine ernsthaften Anstrengungen, die internationale Arbeiterbewegung gegen die imperialistische Intervention und für den weltweiten Kampf für Sozialismus zu gewinnen.

Die zersetzenden Auswirkungen des Vietnamkrieges auf die US-Armee waren so tief, dass die Militärführung nach Kriegsende dazu überging, die Wehrpflichtigen-Armee aufzulösen und auf ihren Trümmern eine ganz neue Berufarmee aufzubauen. Dieselben Gründe, welche die Generäle dazu veranlassen, eine Berufarmee zu favorisieren, treiben SozialistInnen zur entgegengesetzten Schlussfolgerung: Eine Berufarmee ist wesentlich isolierter von der Stimmung der Bevölkerung und kann leichter für die Zwecke der Herrschenden missbraucht werden.

Wenigleich die heutige US-Armee eine Berufarmee ist, so sind doch für viele Soldaten vor allem ökonomische Gründe für den Dienst in der Armee ausschlaggebend. Die Suche nach einem Job oder einer kostenlosen Ausbildung veranlassen viele Menschen gerade auch aus Arbeiterfamilien, in die Armee einzutreten. Dies widerspiegelt sich auch in der Tatsache, dass Amerikaner afro-amerikanischer Herkunft einen sehr viel größeren Anteil an der US-Armee als an der US-Gesellschaft insgesamt ausmachen.

Rückzug und Niederlage
Trotz der neuen Politik der „Vietnamisierung“ versuchte Nixon immer noch, den Krieg zu gewinnen. Er setzte auf die Überlegenheit der US-Luftwaffe in Kombination mit den südvietnamesischen Bodentruppen, die 481.000 reguläre Soldaten und 705.000 Teilzeit-Soldaten umfassten, ausgerüstet mit modernsten US-Waffen. Auf dem Papier war die Überlegenheit gewaltig. Denn auf der Gegenseite standen nur 140.000 Vietcong und 200.000 NVA-Soldaten, die in Süd Vietnam kämpften — schlechter ausgerüstet und ohne Flugzeuge und Helikopter. Doch dieses zahlenmäßige Kräfteverhältnis lässt die soziale Grundlage außer Acht: Trotz ihrer Stärke konnten die südvietnamesischen Streitkräfte nicht gewinnen, weil sie für die Fortsetzung der imperialistischen Beherrschung des Landes und der korrupten Militärdiktatur kämpften, sie hatten deswegen keinen Rückhalt in der Bevölkerung.

In einem zweifelhaften Versuch, die Nachschublinien der NVA und die örtlichen Guerilla-Stützpunkte des Vietcong anzugreifen, ordnete Nixon 1970 in einem Geheimbefehl eine flächendeckende Bombardierung sowie den Einmarsch nach Kambodscha an (dem 1971 die Invasion von Laos folgte). Alle Informationen darüber an die Öffentlichkeit gelangen, erhielt die Antikriegsbewegung noch einmal mächtigen Auftrieb. Die herrschende Klasse der USA sah sich genötigt, Maßnahmen

zur festeren Kontrolle über den Staatsapparat und die Militärführung zu ergreifen. Der spätere Sturz Nixons über den Watergate-Skandal (1974) ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

Mehr und mehr wurden auch den Herrschenden die negativen Auswirkungen des Krieges auf die Streitkräfte und die Gesellschaft insgesamt klar. Dennoch waren sie in der Frage der weiteren Kriegführung gespalten. Ein Teil der herrschenden Klasse wollte so schnell wie möglich den Rückzug der US-Truppen, um den politischen und finanziellen Schaden zu begrenzen (mittlerweile hatten die hohen Kriegskosten zu drastisch gestiegener Staatsverschuldung und Inflation geführt). Ein anderer Teil plädierte für die Fortsetzung um jeden Preis; sie befürchteten den so genannten „Domino-Effekt“, den der Sieg der Vietcong-Guerilla in ganz Asien und in etwas abgeschwächtem Maße auch in der übrigen kolonialen Welt hätte haben können.

Nixon verstärkte zwar das US-Bombardement auf Vietnam, aber die US-Bodentruppen wurden Zug um Zug abgezogen. Als die NVA im März 1972 eine Offensive startete, nahmen die bis dahin noch verbliebenen 69.000 US-Soldaten kaum noch an den Kämpfen teil. Bis Januar 1973 verließen die letzten US-Truppen das Land, die Militärberater blieben allerdings zurück.

Die Pariser Friedenskonferenz 1973 besiegelte das Schicksal der südvietnamesischen Regierung. Die USA stoppten die direkte militärische Intervention. Die Schlussoffensive der Vietcong fand Anfang 1975 statt und endete am 30. April 1975 mit der Einnahme Saigons und dem Zusammenbruch des südvietnamesischen Regimes. Kapitalismus und Großgrundbesitz wurden auch im Süden abgeschafft und die Wiedervereinigung des Landes auf stalinistischer Grundlage vollzogen.

Politische Lehren

Die sich später erwiesene Unfähigkeit des stalinistischen Regimes, die Probleme des Wiederaufbaus und der Entwicklung des Landes zu lösen, dürfen nicht über die Bedeutung dieser historischen Niederlage des US-Imperialismus hinwegtäuschen. Auf kapitalistischer Grundlage gab es für die Masse der Bevölkerung in Asien keine Aussicht auf die Befriedigung selbst der elementarsten Grundbedürfnisse. Insofern war der Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz ein Schritt nach vorn. Doch der Aufbau eines stalinistischen Staates bedeutete auch, dass die Vorzüge einer geplanten Wirtschaft nicht voll zur Entfaltung kommen konnten.

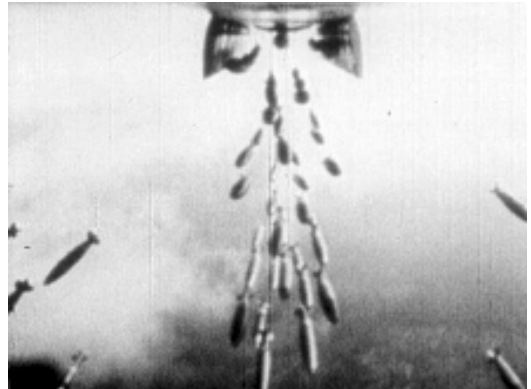
Leider verhielten sich viele der führenden politischen Strömungen in der Antikriegsbewegung Europas vollkommen unkritisch gegenüber der Politik der Vietcong und der nordvietnamesischen Regierung. Sie versäumten es, die Bewegung vor den Folgen einer stalinistischen Herrschaft zu warnen. Die Mitglieder vom Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) beteiligten sich seinerzeit in Europa am Aufbau der Antikriegsbewegung, doch auf der Grundlage einer klaren Orientierung auf die Arbeiterbe-

Die Opfer des US-Krieges



- Über 2,2 Millionen Todesopfer
- Mehr als 10 Prozent der Bevölkerung Vietnams, Laos' und Kambodschas wurde entweder getötet oder verwundet
- 56.000 US-Soldaten fanden den Tod

Die Mittel der USA im Vietnamkrieg



- 6,7 Millionen Tonnen Sprengstoff wurden über Südostasien abgeworfen (im Zweiten Weltkrieg warfen die USA und Britanien 2,7 Millionen Tonnen ab)
- 5 Millionen Liter Entlaubungsgifte wurden versprüht

wegung und der Unterstützung für die vietnamesische Revolution – nicht jedoch für deren stalinistische Führer. Wir erklärten die Notwendigkeit des Aufbaus einer echten Arbeiterdemokratie in Vietnam und einer Politik des Internationalismus, und waren auf diese Weise politisch vorbereitet auf das, was sich nach 1975 in Vietnam entwickelte. Heutzutage ist es um so wichtiger, eine kritische und unabhängige Position einzu-

nehmen, ohne dabei den Imperialismus zu unterstützen.

Die erste Lehre aus dem Kampf des vietnamesischen Volkes ist die, dass Imperialismus und Kapitalismus geschlagen werden können. Aber die Entwicklung Vietnams nach 1975 zeigt auch die Grenzen des Stalinismus und die Notwendigkeit marxistischer Politik, damit eine sozialistische Demokratie Wirklichkeit werden kann. ■

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Marktwirtschaft zeigt sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon in Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Welt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der

Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Sozialismus Tage 2002



Berlin
29. – 31. März

Freitag, den 29. März um 19 Uhr Auftaktveranstaltung

Gegen Globalisierung, Krieg und Kapitalismus – wie weiter für die neue Linke?

Das letzte Jahr war ein entscheidendes Jahr: Wir haben die großen Proteste gegen die Gipfel der Herrschenden in Göteborg, Genua und Brüssel gesehen; die Anschläge vom 11. September, der Krieg gegen Afghanistan; die Antikriegsproteste; der Beginn der Weltwirtschaftskrise.

Es ist an der Zeit, über die Perspektiven, Ziele und das Programm einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung zu diskutieren, sozialistische Ideen wieder ins Gespräch zu bringen und auf dieser politischen Grundlage eine Kraft aufzubauen, die den Kampf organisieren und ihn somit er-

folgreich machen kann.

Die Sozialismus-Tage 2002 bieten die Möglichkeit zu diskutieren, wie wir die Linke weiter aufbauen können. Gäste aus England, Frankreich, Israel und den USA werden teilnehmen und von den Erfahrungen aus ihren Ländern berichten.

Samstag, den 30. März und Sonntag, den 31. März ab 10 Uhr Diskussionen in Arbeitsgruppen unter anderem zu:

- Wie weiter nach dem WSF in Porto Alegre? (mit Tony Saunio und anderen Teilnehmern)
- Nach Göteborg, Genua und Brüssel – welche Inhalte und Methoden für die antikapitalistische Bewegung (mit ATTAC, Indymedia, PGA)
- Die Tobin-Steuer – realistisch, reformistisch oder utopisch?
- Plan statt Markt – der Weg aus der Weltwirtschaftskrise?
- Bewegung oder Partei? – Über die Notwendigkeit von Organisation
- Die Linke und die Bundestagswahlen
- Gegen die Privatisierung der Bildung

Abschlussveranstaltung

Sonntag, 31. März
Die Welt in der Krise



Wofür wir kämpfen:

Arbeit für alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden

- ★ Verteilung der Arbeit auf alle
30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto

- ★ Gleicher Lohn in Ost und West

- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition

- ★ Nein zu Privatisierungen

- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule

- ★ Nein zu Studiengebühren

- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaofG von 1500 Mark netto

- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

- ★ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen

- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren

- ★ Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

- ★ Weg mit dem Paragraph 218

- ★ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten

- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr

- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht
- ★ Nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung

- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zur Europäischen Währungsunion

- ★ Nein zu weiteren Euro-Opfern

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung

- ★ Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen

- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

EURO-Umstellung bei der SAV

Landauf landab versuchen Unternehmer uns im Rahmen der Euro-Umstellung abzuzocken. Nicht so die SAV.

Die VORAN wird fortan 0,50 € (= 98 Pfennig) kosten. Preise für Broschüren und anderes Material werden der Einfachheit halber im Kurs 2:1 umgerechnet. Dies wird unsere Materialien leicht verbilligen (zum Beispiel: Das Grundzuchtprogramm wird 2 € = 3,91 Mark, statt wie bisher 4 Mark kosten).

Die Preise für Abonnements und uns erteilte Einzugsberechtigungen werden von uns nach dem offiziellen Wechselkurs automatisch umgestellt.

In eigener Sache

In den letzten Jahren erschien für Dezember und Januar nur eine Ausgabe der VORAN. Auf Grund des beschleunigten Tempos der politischen Entwicklungen haben wir uns entschieden, zusätzlich zur Dezember-Ausgabe (12 Seiten) eine Januar-Ausgabe (8 Seiten) herauszubringen. Die Februar-Nummer wird wieder regulär 12 Seiten haben.

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, „Ché-Haus“,
Ponstr. 41
☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin

OG Prenzlauer Berg - Süd: Mittwochs, 19 Uhr, im „Mädchentipp“ Lotte, Lottumstr./Ecke Christinenstr. (Eingang Christinenstr.) U-Bhf. R.-Luxemburgplatz
OG Prenzlauer Berg - Nord: Donnerstags, 19 Uhr, im „Kiezladen“, Dunckerstr. 14 (Nähe U-Bhf Eberswalder)
OG Kreuzberg: Mittwochs, 19 Uhr, im „Eiertanz“ Admiralstr. 17 (U-Bhf Kottbusser Tor)
☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friesen, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbhv@aol.com

Dresden

Mittwochs, 19 Uhr, im „Coloradio“, Jordanstr. 05 (HH)

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, im SAV-Büro, Krozinger Str. 58
☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com

Greifswald

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg

OG Altona: Dienstags, 19 Uhr, im „Eine-Welt-Netzwerk“, Große Bergstr. 255
OG Eimsbüttel: Mittwoch, 19 Uhr, im „Miekie Meier“, Müggenkampstr. 34
☎ 0178 - 2068489 e-Mail: hamburg@sav-online.de

Heinsberg

Infos über Marcus 0172 - 1014123

Kassel

Montags, 19 Uhr, im Kulturzentrum „Schlachthof“, Mombachstr. 12
☎ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de

Köln

OG Innenstadt: Dienstags, 19.30 Uhr, im „Allerweltschhaus“, Körnerstr. 77-79 (Ehrenfeld)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, im „Naturfreundehaus“, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)
☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Mönchengladbach

Infos über SAV-Aachen

Rostock

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, „Kita der Volkssolidarität“, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 11)
☎ 0381 - 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de

Saarbrücken

☎ 0178 - 6136134 e-Mail: saar@sav-online.de

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Zentrum für Friedenskultur“, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart

OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, in der „AWO Ost“, Ostendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, im „Naturfreundeladen“ Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
☎ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Trier

Infos über Christoph:
☎ 0651 - 99 165 17 e-Mail: trier@sav-online.de

Sonstiger Kontakt zu folgenden Städten:

Bernau, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Göttingen, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Mannheim (e-Mail: sav-mannheim@gmx.de ☎ 0162-5669256), Oldenburg, Schönau, Solingen
über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

VORAN
Sozialistische Alternative
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

<http://www.sav-online.de>

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amn
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Rotes Fahnenmeer in Brüssel

„The workers united will never be defeated“ – den Eindruck hatten sicher alle, die am 13.12.2001 an der riesigen Demonstration der europäischen Gewerkschaften anlässlich des EU-Regierungsgipfels in Brüssel teilnahmen. 100.000 GewerkschafterInnen marschierten durch Brüssel. Die Stadt versank in einem Meer von Fahnen: rot für die französische CGT, grün für die christlichen belgischen Gewerkschaften und wieder rot für die sozialistischen GewerkschafterInnen aus der Wallonie und die deutschen Metalller.

Von Christine Lehnert, Rostock und Sascha Stanic, Berlin

Wer erwartet hatte, dass es ein ruhiger Spaziergang würde, wurde eines Besseren belehrt. Überall Musik und das Knallen von Böllern, Pfeifen, Hupen und Sprechchöre prägten das Bild und gaben einen Vorschmack darauf, welche Kraft die vereinigte Arbeiterklasse in sich birgt. Und sie unterstrichen eindrucksvoll die Kampfbereitschaft der europäischen Lohnabhängigen.

Großdemo europäischer Gewerkschaften

Die Massen am 13. Dezember hatten das Potenzial, auf einen EU-Gipfel nicht nur Druck auszuüben, sondern ihn gänzlich zu stoppen. Stelle man sich nur vor, es wäre in Belgien nicht nur zu vereinzelt Streikaktionen gegen Privatisierungen gekommen, sondern die Gewerkschaftsführungen hätten zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen und hätten die Arbeitermassen zum Tagungsgebäude des EU-Gipfels geführt, um diesen zu besetzen. Es hätte keinen EU-Gipfel gegeben und das Europa der Banken und Konzerne wäre bis ins Mark erschüttert worden.

Doch das entspricht nicht der Politik der Gewerkschaftsführungen, die unter begrenzten Parolen nach einem „sozialen Europa“ die Illusion einer Reformierbarkeit des Kapitalismus verbreiten und die Demonstration dazu nutzen, Dampf abzulassen, ohne die Herrschenden wirklich herauszufordern (wobei der DGB nicht einmal das versuchte: die Beteiligung der deutschen Gewerkschaften war bescheiden gering). So drückte die De-

monstration vom 13.12. alles Gute und Schlechte der Gewerkschaftsbewegung aus: die Kampfkraft und Mobilisierbarkeit der Kolleginnen und Kollegen und die rechte, angepasste Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Diese nutzt ihre Demonstrationen anlässlich von EU-Gipfeln (wie schon in Nizza im letzten Jahr) auch dazu, die Beschäftigten von der Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung zu trennen und einen gemeinsamen Kampf zu verhindern. So bereitete die belgische Gewerkschaftsführung gezielt eine gemeinsame Demonstration mit dem Bündnis verschiedener antikapitalistischer und globalisierungskritischer Gruppen, die dann am darauffolgenden 14.12. auf die Straße gingen.

„Ein anderes Europa ist möglich“

Über 25.000 vor allem junge Leute nahmen an dieser Demonstration des Bündnisses D14 teil. Aufgerufen hatte auch das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – die internationale sozialistische Organisation, der die SAV angeschlossen ist) und widerstand international/International Socialist Resistance (wi/ISR). Die TeilnehmerInnen gingen gegen Militarismus und Krieg, aber auch gegen Arbeitslosigkeit und Bildungsabbau auf die Straße. „Dies ist nicht unser Krieg“ oder „eine andere Welt ist möglich“ war auf vielen Schildern und Transparenten zu lesen. Der Block von wi/ISR und dem CWI umfasste in etwa 1.000 Menschen und sprach sich deutlich gegen „das Europa der Banken und Konzerne“ und für „ein sozialistisches Europa“ aus. Zu den RednerInnen auf dem Lautsprecherwagen von wi/ISR und CWI gehörte ein Vertreter der Sozialistischen Studierendenbewegung aus Südafrika und Joe Higgins, Abgeordneter der Socialist Party im irischen Parlament.

Die belgische Polizei hielt sich während des Demonstrationzuges überraschend zurück und wurde kaum gesehen. In den Seitenstraßen hatte sie allerdings ein ganzes Heer von Sondereinsatzkräften, Wasserwerfer etc. bereit gestellt. Die Demonstration verlief laut, bunt und kämpferisch – und weitgehend friedlich. Es gingen einige wenige Fensterscheiben von Banken und



Fronttransparent von International Socialist Resistance/widerstand international! am 14. Dezember

Verhaftet in Brüssel

Interview mit Tim Kopfspecht (Name geändert). Tim ist Mitglied im Landesvorstand der ver.di-Jugend NRW und wollte in Brüssel an der Konferenz von International Socialist Resistance teilnehmen.

Du wurdest in Brüssel verhaftet und aus Belgien abgeschoben. Was ist geschehen?

Nach Ende der Demonstration wurden wir ohne erkennbaren Grund mit anderen Demonstranten von der Polizei eingekesselt. Ich habe mich dann freiwillig in eine Polizeikontrolle begeben, um den Kessel verlassen zu können. Dabei wurde in meiner Jackentasche ein kleiner Stein, so groß wie ein Feuerzeug, gefunden. Das war für die Polizei Grund genug mich zu verhaften, obwohl ich mich nicht strafbar gemacht hatte.

Wie waren die Bedingungen im Gefängnis?

Ich wurde 25 Stunden in Polizeigewahrsam gehalten. Zusammen mit

mir waren ungefähr 50 andere verhaftet worden. In dem ganzen Zeitraum bekamen wir nur ein paar Waffeln, einen Apfel und zwei kleine Päckchen Orangensaft. Die meisten durften gar kein Telefon benutzen und erst nach Stunden konnten wir zur Toilette. Die Zellen waren sehr kalt und die Heizung wurde nicht eingestellt. Die Polizei hat die ganze Zeit behauptet, wir würden bald wieder freigelassen. Die Ungewissheit hat uns alle fertig gemacht. Wir wurden willkürlich behandelt, so wie die Polizei eben funktioniert. Wir mussten dann später verschiedene Dokumente in flämischer Sprache unterschreiben, die wir nicht verstehen konnten. Uns wurde gedroht, dass wir nicht rauskommen, wenn wir nicht unterschreiben.

Können dich solche Verhaftungen davon abhalten, in Zukunft an Demonstrationen teilzunehmen?

Ganz bestimmt nicht! Jetzt werde ich erst recht an solchen Protesten teilnehmen!



Am 13. Dezember marschierten 100.000 GewerkschafterInnen in Brüssel

Mach mit bei widerstand international!

widerstand international! – gegen die Macht der Banken und Konzerne! ist Teil von der internationalen Jugendorganisation International Socialist Resistance, die am 15. Dezember in Brüssel aus der Taufe gehoben wurde. In Deutschland existieren bereits mehr als zehn Gruppen. In Berlin konnte wi! gemeinsam mit anderen zum Beispiel einen Schülerstreik gegen den Krieg mit 5.000 Leuten organisieren.

Infos & Action-Packs: Widerstand.international@web.de ☎ 030/ 24 72 38 04

Gründungskongress von International Socialist Resistance

„Ein historisches Ereignis“

„Ich bin hier, weil ich ein historisches Ereignis miterleben will“, meinte Ty Moore aus den USA zu der internationalen Jugendkonferenz, die am Rande der Proteste in Brüssel gegen den EU-Gipfel stattfand. 500 Jugendliche aus ganz Europa (darunter 130 aus Deutschland), Südafrika, den USA und Australien waren dem Aufruf von Elevekampagnen aus Schweden und International Verzet aus Belgien zur Gründung einer neuen sozialistischen, internationalen Jugendorganisation gefolgt. Eine Jugendgruppe aus Indonesien konnte leider nicht an der Konferenz teilnehmen, will International Socialist Resistance – ISR aber beitreten. Aus Deutschland war widerstand international! – wi! Aufrufer und Mitorganisator der Konferenz.

Micha aus Belgien erklärte auf der Eröffnungsveranstaltung: „Weltweit sind etwa 60 Millionen Jugendliche arbeitslos oder unterbeschäftigt. Es sind die Auswirkungen des Kapitalismus, die dazu führen, dass jedes dritte Kind auf der Welt unterernährt ist.“

Niaz aus Kaschmir erklärte per Telefonschaltung, dass eine Bewegung international, sowohl in den entwickelten Industrieländern, als auch in der so genannten Dritten Welt aufgebaut werden muss.

Klar war aber in den Diskussionen auch, dass es eine Alternative zum Kapitalismus geben muss. Deshalb möchte ISR Diskussionen über eine Alternative zum kapitalistischen Profitwahn in der antikapitalistischen Bewegung anstoßen.

In der verabschiedeten Gründungsplattform heißt es dazu: „ISR kämpft für sozialistische Demokratie. Damit meinen wir eine Gesellschaft, die der Befriedigung der Bedürfnisse von Menschen und Umwelt arbeitet. Sozialismus be-

deutet, dass der Weltbevölkerung der Reichtum gehört, der von ihr produziert wird, und sie ihn kontrolliert und täglich entscheidet, wie die Gesellschaft geleitet wird. Das ist wirkliche Demokratie!“

In den einzelnen Kommissionen zu Umwelt, Bildung, Rechte von Jugendlichen und antikapitalistischer Kampagnenarbeit gab es die Möglichkeit, ausführlicher zu diskutieren.

Das Highlight der eintägigen Konferenz war die Abschlussveranstaltung, in der ISR gegründet wurde.

In ihrer Abschlussrede machte Susan Fitzgerald aus Irland noch einmal deutlich, welche Aufgabe sich ISR stellt: „Unsere Aufgabe ist es, eine Welt zu schaffen, in der es sich zu leben lohnt, eine sozialistische Welt.“

Das CWI und die SAV in Deutschland, hatten bei der Gründung von ISR eine maßgebliche Rolle gespielt. Die Initiative war von Mitgliedern des CWI deshalb

ergriffen worden, weil erkannt worden war, dass es angefangen mit Seattle in der antikapitalistischen Bewegung Tausende Jugendliche gibt, die zum einen in organisierter Weise Kampagnen und Proteste auf die Beine stellen wollen, und zum anderen auf der Suche nach einer radikalen gesellschaftlichen Alternative sind. Viele von ihnen wollen sich aber nicht einer revolutionären sozialistischen Partei wie der SAV anschließen. Darum wollen das CWI und die SAV gemeinsam mit anderen eine kämpferische sozialistische Jugendorganisation aufbauen, die einen wichtigen Beitrag in der antikapitalistischen Bewegung leisten kann, weil sie ein positives Programm in die Diskussion bringt. Die Strukturen von ISR/wi! sind vollkommen demokratisch und offen, und ermöglichen es, dass alle Mitglieder gleichberechtigt mitarbeiten können.

ISR soll vor allem auch eine aktive internationale Jugendorganisation sein, die konkret etwas bewegt. Deshalb steht als nächstes eine internationale Kampagne gegen die Privatisierung von Bildung an.

Unterstütze uns bei diesem Kampf, mach mit bei widerstand international/International Socialist Resistance!

Spanien

„Eine andere Universität ist möglich“

Am 1. Dezember marschierten 350.000 StudentInnen durch die Straßen von Madrid, in einer der größten Studierenden-Demonstrationen seit dem Ende von Francos Militärdiktatur 1975.

Stein des Anstoßes ist ein neues Hochschulgesetz, das von der regierenden konservativen Partido Popular auf den Weg gebracht wurde. In die Proteste der Studierenden reichten sich auch GewerkschafterInnen der beiden großen Dachverbände CCOO und der UGT ein, sowie Lehrkräfte, Universitätspersonal, SchülerInnen und Mitglieder der sozialdemokratischen PSOE und der Vereinigten Linken. Erziemt sind die StudentInnen und das Lehrpersonal darüber, dass die Aznar-Regierung einfach versucht, die Pläne durchzusetzen, die letztendlich auf Privatisierungen hinauslaufen. Die Unis sollen untereinander in Konkurrenz treten, eigene Zulassungsprüfungen durchführen und ihre Planungsgremien für die Unternehmen öffnen.

Die Organisatoren der Protestbewegung betonen die positiven Auswirkungen der an Stärke gewinnenden Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Der „Faktor Genua“ spielt eine wichtige Rolle bei den Protesten. Die Parole des Tages lautet: „Eine andere Universität ist möglich“, offenkundig inspiriert von der immer populäreren

Losung der antikapitalistischen Bewegung: „Eine andere Welt ist möglich.“

Die Tageszeitung El Pais schrieb über die Bewegung der Studierenden: „In den letzten Wochen hat die Opposition gegen das neue Universitätsgesetz ihr Gesicht geändert, es geht nicht mehr ausschließlich um pädagogische, sondern um politische Fragen.“

Andy Bentley



Nicht nur in Madrid, sondern im ganzen Land kam es zu Demonstrationen und Streiks der Studierenden, wie hier in Sevilla, wo eine Studentin bei einer Großdemo vor schwer bewaffneten Polizisten tanzt

Von Doreen Ullrich, Berlin

Wir lassen SPD und PDS die Berliner Krise nicht auf unseren Rücken abwälzen

Gemeinsam gegen Sozialabbau



Anders als in den Vorjahren sind Beschäftigte und Jugendliche schon vor der Bildung des Senats Sturm gelaufen, um gegen die drohenden Sparpläne – erst unter „Ampel“, dann von SPD und PDS – zu protestieren. Am 5. Dezember waren 10.000 auf der ver.di-Demonstration

Am 21. Oktober wurde die Große Koalition in Berlin abgewählt. Nach über 10 Jahren hatten die meisten genug von einer Politik aus Korruption, Vetternwirtschaft und sozialen Kahlschlag. Doch schon wenige Tage danach wurde eines deutlich: eine neue Regierung heißt nicht automatisch auch eine andere Politik.

Von Antje Zander, Berlin

Die Koalitionsgespräche zwischen SPD, Grünen und FDP drehten sich im Kern darum, wie die Krise der Stadt weiter auf dem Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden kann. Diskutiert wurde über den Wegfall von 15- bis 30.000 Stellen im Öffentlichen Dienst, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen bei LehrerInnen, weitere Privatisierungen und Gebührenerhöhungen.

Keine Rotstiftpolitik durch SPD und PDS

Doch auch unter SPD und PDS sind diese Pläne nicht vom Tisch. Schließlich war die SPD als Koalitionspartner der CDU in den neunziger Jahren mitverantwortlich für Privatisierungen und Stellenstreichungen.

Die PDS hatte auch schon im Wahlkampf klar gemacht, dass sie auf weitere drastische Einsparungen zu Lasten der Bevölkerung setzt, um die Krise in Berlin in den „Griff“ zu bekommen. Und schon zum Auftakt der Koalitionsgespräche hatte der bisherige Fraktionschef Harald Wolf erklärt, „dass nicht Milch und Honig fließen werden“. Wenn es nach der PDS geht, soll zum Beispiel jede zweite städtische Kita an freie Träger verkauft werden (die SPD ist für die 100-prozentige Privatisierung). Einig ist man sich auch über Kürzungen im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit von bis zu zwanzig Prozent. Konkret heißt das beispielsweise, dass die einmalige Hilfe für Winterbekleidung bei SozialhilfempfängerInnen um ungefähr ein Drittel gekürzt wird. In einem Interview mit der Berliner Zeitung bekräftigte Gregor Gysi dann auch noch einmal, dass es nicht „ohne harte Einsparungen“ geht.

Berlin zahlt täglich ca. 5 Millionen Euro Zinsen an die Banken

Damit ließen sich für 1 Tag Zinszahlung: 1.000 Arbeitslose ein Jahr finanzieren;
für 1 Monat Zinszahlung: der gesamte Straßenbau ein Jahr finanzieren;
für 1 Jahr Zinszahlung: alle Sozialausgaben finanzieren.

Bereits am Beginn der Koalitionsverhandlungen erklärte SPD-Landeschef Strieder, „Wir sind uns einig“, PDS-Vorsitzender Liebig meinte zufrieden, „Es passt so gut“. Einig sind sie sich darüber, im Sozialbereich noch weiter zu sparen und zu kürzen. Neu ist nur, dass die PDS-Führung bei jeder Kürzung nachschiebt, diese „sozial verträglich“ gestalten zu wollen.

Noch bevor Koalitionsverträge unterzeichnet wurden, kam es schon zu ersten Protesten gegen die PDS-Politik. Der Bürgerverein von etwa 5.000 GegnerInnen des Ausbaus des Großflughafens wirft der PDS wegen ihrer Zustimmung zu diesem jahrelangen Wunschprojekt der Wirtschaft „Wählerbetrug“ aus „fadenscheinigen Gründen“ vor. In einer e-Mail des Vereins heißt es: „Senator Gysi in spe wird nicht lange Freude an seinem Dienst-Mercedes haben“. Gysi selbst sagte nach der Entscheidung, er hätte im Wahlkampf ja nichts versprochen – sondern nur seine Meinung gesagt!

Nein zur Koalition für Privatisierung und Stellenabbau

Die PDS-Führung sagt, dass die Kassen leer sind, und es deshalb keine Alternative zu Kürzungen, Privatisierungen und Sozialabbau geben würde. Doch warum sind die Kassen leer? In Berlin sind heute 15 Prozent offiziell arbeitslos. Allein im Öffentlichen Dienst wurde in den letzten zehn Jahren ein Viertel aller Stellen abgebaut. Das führte zu Steuerausfällen und höheren Sozialausgaben. Gleichzeitig wurden Milliarden in Prestigeobjekte wie den Tiergartentunnel gesteckt, über Subventionen an Unternehmern verschenkt oder versickerten im Korruptionssumpf von Banken und Politikern. Mittlerweile sitzt Berlin auf einem Schuldenberg von in etwa 40 Milliarden Euro! Dafür zahlt die Stadt den Banken jeden Tag um die 5 Millionen Euro an Zinsen. Wenn die Kassen leer sind, so gibt es dennoch Unsummen, die sich auf den Konten von Banken und Konzernen, von Reichen und Superreichen befinden. Seit Anfang der neunziger Jahre wurden in Berlin 150 Milliarden Mark (mehr als 70 Milliarden Euro) in Luxushotels, Regierungsgebäude und Bürokomplexe investiert. An diese Gelder muss rangegangen werden, eine erste Maßnahme wäre eine massive Gewerbesteuererhöhung. Dann könnten zum Beispiel Schulen saniert werden, in denen auf Grund von Baufälligkeit nicht mal mehr die Toiletten betreten werden können.

Wenn die PDS ihrem Anspruch, für die Interessen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten einzutreten, wirklich gerecht werden will, dann müsste sie einer Koalition mit der SPD den Laufpass geben und ihre Mit-

glieder, WählerInnen und AnhängerInnen mobilisieren – um gemeinsam mit GewerkschaftsvertreterInnen, StudentInnen und SchülerInnen breiten Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag zu organisieren.

Um die verschiedenen Proteste zusammenzuführen und wirksamen Widerstand auf die Beine zu stellen, sollten Versammlungen und Konferenzen auf allen Ebenen durchgeführt werden, in den Stadtteilen und Betrieben, an Schulen und Hochschulen. Ein eintägiger Streik- und Protesttag könnte den Auftakt für eine mächtige Bewegung gegen die Spar- und Umverteilungspolitik bieten.

ver.di und die anderen DGB-Gewerkschaften müssen hier als potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft in die Pflicht genommen werden.

Sozialistische Kommunalpolitik ist machbar

Eine Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist möglich – auf der Grundlage eines kompromisslosen sozialistischen Programms. Nötig ist die sofortige Einstellung aller Zinszahlungen an die Banken und die Aufstellung eines bedürfnisgerechten Haushaltes. Außerdem muss jede weitere Privatisierung gestoppt und alle bisherigen Privatisierungen rückgängig gemacht werden. Um diejenigen zur Kasse bitten zu können, die über Jahre ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben, müssen die Geschäftsbücher aller Firmen, an denen Berlin beteiligt ist, offen gelegt werden.

Wenn die PDS ein solches Programm offensiv vertreten würde, dann könnte sie weiter an Unterstützung gewinnen. Sie scheint jedoch darauf aus zu sein, um jeden Preis bequeme Regierungssitze zu erklimmen. Doch dieser Preis ist zu hoch für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche. Darum muss eine neue Arbeiterpartei – in Ost und West – aufgebaut werden. Die SAV unterstützt jeden Schritt in diese Richtung und tritt für ein konsequentes sozialistisches Programm ein.

- Öffentliches Investitionsprogramm in Bus und Bahn, Bildung und Ausbildung, Wohnen, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen, Freizeit- und Sporteinrichtungen
- Massive Erhöhung der Gewerbesteuer für Großkonzerne und Banken
- Für einen bedürfnisgerechten Haushalt
- Erhöhung der Bundeszuschüsse, in dem Banken und Konzerne zur Kasse gebeten werden
- Stopp aller Prestigeobjekte wie Großflughafen, Tiergartentunnel oder Ausbau der Stadtautobahn
- Sofortige Einstellung aller Zinszahlungen an die Banken
- Vollständige Offenlegung der Geschäftsbücher der Bankgesellschaft, und aller Unternehmen, bei denen Investitionen und Kredite versichert sind. Demokratische Kontrolle und Verwaltung aller landeseigenen und vom Land betriebenen Gesellschaften und Unternehmen
- Überführung der Banken und Großkonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Ich möchte die

VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 MARK
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ MARK bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse